

**Rede der Niedersächsischen Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit,
Mechthild Ross-Luttmann MdL, zu „Sozialpolitik nach Windthorst: Zwischen Solidarität
und Subsidiarität“ am 14. März 2006 in Lingen-Holthausen**

Sehr geehrter Herr Generalvikar Paul, sehr geehrter Herr Jackels,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Für die Einladung zur Festakademie zum 115. Todestag von Ludwig Windthorst danke ich
Ihnen sehr herzlich. Es ist gleichermaßen eine Freude und eine Auszeichnung für mich, heute
hier zu diesem besonderen Anlass sprechen zu dürfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ludwig Windthorst hat einmal¹ sehr eindringlich an seine Abgeordnetenkollegen appelliert:
„Ich sehe die soziale Frage für furchtbar ernst an, und ich glaube, dass es sehr viel wichtiger
wäre, uns damit gründlich zu beschäftigen, als dass wir alle Tage Kirchen- und Schulpolitik trei-
ben.“²

Ohne die Bedeutung der Schulpolitik schmälern zu wollen, kann man feststellen, dass dieses
Zitat auch 115 Jahre nach Windthorsts Tod noch immer oder wieder aktuell ist. Unser Sozial-
staat, den wir bisher vor allem als Versorgungsstaat³ wahrgenommen haben, ist in seiner bishe-
rigen Form nicht länger überlebensfähig.

Wir leben bereits heute in vielen Bereichen „auf Pump“ und eine weitere Kreditaufnahme wäre
unverantwortlich unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit. Die Politik ist an die-
ser Entwicklung nicht ganz unschuldig. Viel zu einfach erschien es in der Vergangenheit,
auf gesellschaftliche Probleme mit Geld zu reagieren, statt grundlegende Reformen einzufor-
dern. Nun stehen wir vor dem Dilemma, dass sich in vielen Bereichen eine Versorgungs- und
Anspruchsmentalität entwickelt hat, die aufgrund der dramatischen Finanzsituation der öffentli-
chen Hände nicht länger befriedigt werden kann.⁴

¹ 1873, während der heißen Phase des sogenannten Kulturkampfes.

² Zitiert bei Hüsgen, S. 252.

³ „Der totale Versorgungsstaat, der alles an sich zieht, wird letztlich zu einer bürokratischen Instanz, die das Wesentliche nicht
geben kann, das leidende Mensch – jeder Mensch – braucht: die liebevolle persönliche Zuwendung. Nicht den alles regelnden und
beherrschenden Staat brauchen wir, sondern den Staat, der entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip großzügig die Initiativen anerkennt
und unterstützt, die aus den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften aufsteigen und Spontaneität mit Nähe zu den hilfsbedürftigen
Menschen verbinden.“

Deus Caritas Est, Enzyklika von **Papst Benedikt XVI.**, vom 27.01.2006, aus L'Osservatore Romano, 36. Jg. Nr. 4.

⁴ „Der aktuelle Sozialstaat ist ineffektiv, d. h. er kann nicht mehr gewährleisten, seine im Prinzip richtigen
Ziele zu verwirklichen. Deshalb wird er ungerecht; er verspricht etwas, das er nicht halten kann.“ Birger
P. Priddat: Verantwortung, Fairness, Dynamik: neue Politik, neuer Konsens: Sozialstaatsreform, Zeppelin University, o. J.

Ich erinnere nur an das schöne Wort von Franz Etzel, der Sozialstaat erscheint wie eine Kuh, „die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken wird.“⁵

Oder, wie Windthorst bereits 1889 kritisierte: „Das ist der Anfang des Gedankens, dass alle Staatsbürger aus einer Krippe essen können, wobei man aber vergisst, wer die Krippe zu füllen hat.“⁶

Nun ist, um im Bild zu bleiben, die Krippe weitgehend leer, und wir haben, weil wir gewohnt waren, die „Segnungen“ als selbstverständlich zu akzeptieren, keine nachhaltigen Rezepte. Besonders für die Bürgerinnen und Bürger ist die veränderte Situation nur schwer zu akzeptieren. Sie hatten sich in den Jahrzehnten seit Gründung der Bundesrepublik längst daran gewöhnt, dass es scheinbar immer weiter aufwärts geht.⁷

Zwar beginnt auch in der öffentlichen Diskussion sich allmählich die Erkenntnis durchzusetzen, dass Reformen unumgänglich sind. Doch schon bei der Anschlußfrage, wo und in welchem Umfang man am besten mit Reformen ansetzt, herrscht bei allen gesellschaftlichen Gruppen das St. Florianprinzip vor. Dazu trägt auch das verbreitete Denkmuster bei, Reformen vor allem als Bedrohung, nicht als Chance, zu sehen.⁸ Eine Sorge, die meines Erachtens nachvollziehbar ist, denn es wird immer deutlicher, dass wir mit den traditionellen Rezepten und kurzfristigen, isolierten Maßnahmen der Krise nicht Herr werden.

Notwendige Reformen können langfristig nur dann gelingen, wenn wir die Menschen davon überzeugen, dass sie notwendig sind – und dass es dabei gerecht zugeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Das Schlaraffenland ist abgebrannt“, hat der bekannte Trendforscher Horst Opaschowski dieser Tage in seiner Abschiedsvorlesung plakativ formuliert. Und wir müssen uns fragen, woran es liegt, dass unser bewährter Sozialstaat in solchem Umfang in die Krise geraten ist.⁹

In diesem Zusammenhang sind vor allem drei Aspekte zu nennen:

- 1) Die Veränderungen in unserem Wirtschaftssystem, die durch eine globalisierte Wirtschaftsordnung noch beschleunigt werden,
- 2) Die Probleme, die sich daraus ergeben, dass unsere sozialen Sicherungssysteme weitgehend an den Lohn gekoppelt sind.

⁵ Zitiert nach: Prof. Lothar Roos, Die katholische Soziallehre und die Reform des Sozialstaates, herausgegeben vom Bund Katholischer Unternehmer, Diskussionsbeiträge, Juni 2004.

⁶ Anlässlich der Diskussion im Reichstag um die Invaliditäts- und Alterssicherung.

⁷ So entstand ... die Politikillusion: „das zahlt alles ja der Staat, also nicht ich, die anderen“; Birger P. Priddat, a.a. O., S. 2.

⁸ Der Anteil derjenigen, die allgemein härtere Zeiten erwarten, ist auf 73 % angestiegen, nur noch 22 Prozent betrachten unseren Wohlstand als nicht gefährdet. (Repräsentativerhebung von ipos im Auftrag des Bundesverbandes der deutschen Banken 2004.

⁹ Vgl. auch Martin Wolf, Decay and the welfare state, Financial Times, 28.02.2006.

- 3) Die Bevölkerungsentwicklung, die durch einen wachsenden Anteil älterer Menschen gekennzeichnet ist, während gleichzeitig immer weniger Kinder geboren werden.

Vor allem der letzte Punkt, den ich einmal als „Schrumpfungsprozess“ bezeichnen möchte, stellt uns vor große Herausforderungen, und zwar in einer Dimension, die wir uns vielleicht noch nicht hinreichend bewußt gemacht haben.

Es liegt also auf der Hand, dass wir möglichst umfassende Strukturveränderungen brauchen, und dies rasch, anderenfalls drohen Leistungskürzungen, unter denen vor allem die Schwächsten unserer Gesellschaft leiden würden. Denn, wie es Dr. Hans-Jürgen Marcus, Caritasdirektor der Diözese Hildesheim, einmal sehr schön „auf den Punkt gebracht hat“: „Nur Reiche können sich ... einen armen Staat mit schlechten Sozialsystemen leisten.“¹⁰

Um den Sozialstaat wieder handlungsfähig zu machen, empfiehlt es sich, zu seinen Ursprüngen zurückzukehren, die in vielen Bereichen in der katholischen Soziallehre wurzeln.

Ich teile die Einschätzung von Nell-Breuning, der Solidarität und Subsidiarität als die Baugesetze unserer Gesellschaft bezeichnet hat.¹¹

Auf das politische Handeln übertragen, ergeben sich daraus zwei Grundprinzipien:

- 1) Die Stärkeren müssen die Schwächeren unterstützen,
- 2) Jeder ist erst mal für sich selbst verantwortlich, bzw. muss die Hilfe seiner Familie in Anspruch nehmen, bevor er die Unterstützung des Staates einfordert.

Damit stehen wir in der Tradition Ludwig Windthorsts, der darauf drängte, eine soziale Volksbewegung ins Leben zu rufen, die sich einsetze, „für die Erfüllung aller gerechten Forderungen der Arbeiter, selbst wenn sie von der Sozialdemokratie erhoben würden“. Zugleich aber warnte er schon früh vor der Entwicklung, „den Staat immer mehr omnipotent zu machen, alle Privattätigkeit mehr und mehr in die Hände des Staates zu legen.“

Vor diesem Hintergrund bietet die gegenwärtige Krise auch Chancen, denn sie zwingt uns, eine zeitgemäße Sozialpolitik zu entwickeln, die Eigenverantwortung fördert, statt die Abhängigkeit zu subventionieren.

Der bekannte Zukunftsforscher Matthias Horx hat in diesem Zusammenhang den Begriff „Empowerment“ eingeführt und betont: „Denn das neue Sozialsystem wird nicht mehr daran gemessen, wie viele Klienten es durchfüttern kann. Sondern wie vielen Menschen es dazu verhilft,

¹⁰ „Ende der Solidarität? – Wohn führt die Reform des Sozialstaates unter besonderer Berücksichtigung der Menschen mit Behinderung“, Vortrag von Dr. Hans-Jürgen Marcus, Caritasdirektor der Diözese Hildesheim, anlässlich des Tages der Gleichstellung behinderter und nicht-behinderter Menschen, am 5. Mai 2004 in Lüneburg.

¹¹ Oswald von Nell-Breuning: Baugesetze der Gesellschaft. Gegenseitige Verantwortung – Hilfreicher Beistand, Freiburg im Breisgau 1968.

sich aus dem Sumpf des sozialen Abseits zu befreien.“¹² Voraussetzung dafür ist eine neue Balance¹³ zwischen Solidarität und Subsidiarität, zwischen „fördern und fordern“, wie das geflügelte Wort lautet.

In diesem Zusammenhang wird ehrenamtliches Engagement einen sehr viel höheren Stellenwert erhalten, nicht als „billiger Ersatz“, um den Staat zu entlasten, sondern als gleichberechtigtes Element.¹⁴ Es ist Ausdruck unseres christlichen Menschenbildes, dass der Einzelne als Ursprung, Träger und Ziel allen gesellschaftlichen Handelns im Mittelpunkt steht.¹⁵

Ich begrüße es daher sehr, dass die Bundesregierung die Stärkung der Bürgergesellschaft ausdrücklich als Ziel im Koalitionsvertrag festgeschrieben hat. Denn der erste Bundespräsident Theodor Heuss hatte in mehr als einer Hinsicht Recht, als er den berühmten Satz prägte: „Die Demokratie lebt vom Ehrenamt.“¹⁶

Oder, um noch einmal Windthorst zu zitieren: „Denn darüber soll sich doch niemand täuschen, daß die Gesetzgebung allein alles bewirken könnte. Ich kann sogar zugeben, daß ich zweifle, ob die Gesetzgebung auch nur das wesentliche tun kann, das wesentlichste muß die Bevölkerung selbst tun.“¹⁷

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem wir derart das theoretische Fundament gelegt haben, stellt sich meines Erachtens die Frage, welche Auswirkungen sich daraus für die praktische Sozialpolitik ergeben.

In diesem Zusammenhang hat es sich als sinnvoll erwiesen, den landwirtschaftlichen Begriff der Nachhaltigkeit auch in die Politik einzubringen. Nachhaltigkeit nach meinem Verständnis heißt,

¹² Matthias Horx: Der Traum von der Gesellschaft der Hochgebildeten. Wie die Transformation in eine Wissensgesellschaft gelingen kann, 20.01.2005.

¹³ „Heute muss neu verhandelt werden, was der Staat an sozialer Sicherheit garantieren kann und was er den Einzelnen und den gesellschaftlichen Kräften überlassen muss.“ Warnfried Dettling, Aus den Wurzeln der Gesellschaft. Solidarität und Gerechtigkeit in einer veränderten Welt – und was das für die Wohlfahrtsverbände bedeutet, Caritas NRW o. J.

¹⁴ Ralf Dahrendorf: Die Bürgergesellschaft ist weder Anhängsel des Staates noch Ersatzstaat.“ Zitiert nach Borchard: Ich wünschte ein Bürger zu sein“ a. a. O.

Ebenso: „Bürgerschaftliches Engagement darf nicht mehr nur eine Ergänzung der staatlichen Organisation, ihrer Leistungen und ihrer Ansprüche an die Politik sein, sondern muss als die tragende Säule des Gemeinwesens und eines umfassenden gesellschaftspolitischen Konzepts verstanden werden, Ein lebensfähiger und damit zukunftsfähiger Sozialstaat ist ohne Bürgerschaftliches Engagement nicht möglich.“ Alois Glück, Neue Leitbilder und Strukturen sind notwendig, in: Alois Glück, Holger Magel, Thomas Rübke (Hg.): Neue Netze des Bürgerschaftlichen Engagements. Stärkung der Familien durch ehrenamtliche Initiative. München 2004, S. 332.

¹⁵ „Aus der unveräußerlichen Menschenwürde und der Gottesebenbildlichkeit des Menschen leiten sich daneben die ethischen Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität ab. Der Respekt vor dem Individuum und seiner Eigenverantwortung, aber auch das Interesse der gesamten Gesellschaft gebieten, dass eine menschenwürdige Gesellschaft in ihrer Struktur von unten nach oben aufgebaut ist nicht umgekehrt.“ Dr. Michael Borchard: Ich wünschte, ein Bürger zu sein. Plädoyer für eine aktive Bürgergesellschaft, 9.10.2003, S. 2. Vgl. auch Oswald von Nell-Breuning: Wie sozial ist die Kirche. Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre, Schriften der katholischen Akademie in Bayern, herausgegeben von Franz Henrich, Düsseldorf 1972, SS. 22-23.

¹⁶ „Das Prinzip der Solidarität erstarrt dann zur leeren Formel, wenn es nicht von einer aktiven Bürgergesellschaft als freiwillige Selbstverpflichtung angenommen und gelebt wird. (...) Der Sozialstaat verliert gleichermaßen an Legitimität und Effektivität, wenn diese Bürgergesellschaft als kritische Öffentlichkeit, zum Beispiel in Form sozialer Bewegungen, und als Verantwortung übernehmende Bürgerschaft nicht vorhanden ist.“ (Thomas Rübke: Solidarität und Subsidiarität: Bürgerschaftliches Engagement als Baustein moderner Sozialpolitik. Festschriftbeitrag zum 60ten Geburtstag von Christa Stewens, 2005.

¹⁷ Windthorst, Der Antrag Galen, StBr 1, 18. April 1877.

nicht auf Kosten der Substanz zu Lasten kommender Generationen zu leben. Oder, wie es Windthorst bereits im April 1889 formulierte, nicht zu Denen zu gehören, „die lustig darauf loswirtschaften und schließlich gar nicht daran denken, daß die Enkel sagen werden: Na, wie haben denn unsere Väter so handeln können.“¹⁸ Die gleiche Frage würden – zu Recht - auch unsere Enkel stellen, wenn wir weitere Schulden machen würden.

Bei der Regierungsübernahme haben wir einen Schuldenberg in Höhe von 43 Mrd. € vorgefunden. Obwohl wir konsequent sparen und Jahr für Jahr weniger Schulden aufnehmen, auch wenn damit im Einzelfall unpopuläre Entscheidungen verbunden sind, werden die Schulden Niedersachsens noch in diesem Jahr auf 50 Mrd. Euro steigen. Das ist ein solch gigantischer Betrag, dass man ihn sich kaum vorstellen kann. 50 Mrd. €, das ist eine Zahl mit 10 Nullen.

Jeden Tag zahlen wir allein 7 Millionen € an Zinsen, mit der Folge, dass uns dieses Geld für politische Maßnahmen, zum Beispiel im Sozialbereich, nicht zur Verfügung steht.

Für die niedersächsische Sozialpolitik ergibt sich daraus die Notwendigkeit, nicht nach dem „Gießkannenprinzip“ überall ein bißchen zu fördern, sondern ganz gezielt Schwerpunkte zu setzen.

Mein Schwerpunkt ist in erster Linie die aktive Begleitung des demographischen Wandels, also

- Jugendpolitik,
- Politik für Familien
- und Seniorenpolitik.

Aktive Begleitung heißt in diesem Zusammenhang, nicht nur den Status Quo, also zum Beispiel den Kindermangel, zu beklagen, sondern pragmatisch Handlungsoptionen für den Umgang mit einer älter werdenden Gesellschaft zu entwickeln.

Ich bin der festen Überzeugung, dass sich aus Kontakten zwischen den Generationen Synergieeffekte, gerade auch unter dem Gesichtspunkt des bürgerschaftlichen Engagements, ergeben. Vergleichbare Beobachtungen haben wir zum Beispiel bei dem Erfolgsprojekt der Mehrgenerationenhäuser gemacht.

In diesem Sinne brauchen wir auch eine Erweiterung des Begriffes „Soziale Gerechtigkeit“.

Kardinal Lehmann hat zu Recht davor gewarnt, in diesem Zusammenhang nur an „Verteilungsfragen“ zu denken.¹⁹

¹⁸ StBRt, VII, 4, 4. April 1889.

¹⁹ Kardinal Lehmann, „Hier muss es Gleichheit geben, .. Das Reformpaket Hartz IV allein ist der katholischen Kirche zu wenig.“ 24.01.2005.

Auch die bereits angesprochene Generationengerechtigkeit gehört in diesen Kontext. Ein weiterer Schlüsselbegriff ist die sogenannte Befähigungs- oder Beteiligungsgerechtigkeit²⁰, bei der es darum geht, durch spezifische „Förderung (und Forderung), Möglichkeiten der Teilhabe und Teilname an gesellschaftlichen Institutionen etwa von Bildung und Arbeit zu eröffnen.“²¹

In praktische Politik „übersetzt“, bedeutet dies, den Menschen in die Lage zu versetzen, von seinen Freiheiten und Fähigkeiten, die ihm gegeben sind, auch Gebrauch zu machen.²² Dieser Gedanke wurde unter anderem auch in dem noch immer äußerst lesenswerten Wirtschafts- und Sozialwort der beiden Kirchen von 1997 betont.

Dort wird als Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft bezeichnet. „ die Verantwortlichkeit der einzelnen und der kleinen Gemeinschaften zu ermöglichen und zu fördern.“ Sie müssten „die Hilfe erhalten, die sie zum eigenständigen, selbsthilfe- und gemeinwohl orientierten Handeln befähigt.“ Also auf einen kurzen Nenner gebracht, Hilfe zur Selbsthilfe.

Gerade dieser Aspekt ist mir sehr wichtig. Wenn wir den bedürftigen Menschen nur einseitig als Empfänger von Sozialtransfers begreifen, nehmen wir ihm in letzter Konsequenz ein Stück weit seine Würde als selbstbestimmte Persönlichkeit.

Das heißt, christliche Politik muss die Menschen nicht nur, wie schon einmal zitiert, fördern, sondern gerade auch fordern, damit sie ihr Potential entfalten können: Auf dem Arbeitsmarkt genauso, wie im Ehrenamt oder in der Familie.

Um noch einmal das gemeinsame Sozialwort der Kirchen zu zitieren: „Subsidiarität und Solidarität, Subsidiarität und Sozialstaat gehören insofern zusammen. Subsidiarität heißt: zur Eigenverantwortung befähigen, Subsidiarität heißt nicht: den einzelnen mit seiner sozialen Sicherung allein lassen.“²³

Um das noch einmal ausdrücklich klarzustellen: Eigenverantwortung bedeutet nicht, dass künftig jeder selbst sehen muss wo er bleibt“.

Ein Staat, der Eigenverantwortung fordert, ist kein „Nachtwächterstaat“, der sich aus Konflikten heraushält. Eigenverantwortung in dem eben zitierten Sinn ist eine notwendige **Ergänzung** der Solidarität. Man kann sogar sagen, ohne sie stößt der Sozialstaat an seine Grenzen.

²⁰ Vgl. Mehr Beteiligungsgerechtigkeit, hrsg. Vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1998 (= Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, Heft 20), 2.

²¹ Rainer Forst, Die erste Frage der Gerechtigkeit, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 37/2005).

²² „Die Reform unseres Sozialstaates wird nur gelingen, wenn alle Verantwortlichen erkennen und vermitteln können, dass wir neue Lösungen suchen müssen im Austarieren von Subsidiarität und Solidarität; dass Beteiligung Vorrang haben muss vor Verteilung, weil gerade durch mehr Beteiligungsgerechtigkeit auch Verteilungsgerechtigkeit leichter erreichbar wird.“ (Bernhard Sutor: Beteiligungsgerechtigkeit und Sozialstaatsreform. Eine complexio oppositorum im Streit um die Sozialstaatsreform, o.O., o. J.).

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Sozialstaat, unser Sozialstaat, ist kein Luxus, den man sich in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums leistet. Seine Bedeutung erweist sich vielmehr gerade in Zeiten der Krise, wenn soziale Probleme erst richtig evident werden. Dann sind alle, die Verantwortung tragen, gefordert, zu einem Ausgleich entstehender Ungleichheiten beizutragen, um so den sozialen Frieden, der unsere Gesellschaft wesentlich über Jahre geprägt hat, wieder herzustellen.

Windthorst hatte dazu schon 1877 im Reichstag ausgeführt: „... das wahre Interesse der Arbeitgeber kann nur gefördert werden, wenn es den Arbeitern möglichst gut geht, und den Arbeitern kann es nur möglichst gut gehen, wenn die Arbeitgeber in guten und angemessenen Verhältnissen sind.“²⁴ Dieser Satz hat auch heute noch Gültigkeit. In diesem Sinne ist der Sozialstaat auch ein wesentlicher Standortfaktor.

Vor allem aber, ist der Sozialstaat Ausdruck ethisch fundierter Wertvorstellungen. Das Menschenbild, das ihm zugrundeliegt, ist in hohem Maße in der christlichen Soziallehre verwurzelt. Personalität, Solidarität und Subsidiarität sind in diesem Zusammenhang die zentralen Schlüsselwörter. Sie sind zugleich Wegweiser für die anstehenden Reformen.

„Wer bewahren will – muss verändern“²⁵ lautet ein geflügeltes Wort. In diesem Sinne müssen wir daran gehen, den Sozialstaat auf der Basis der bewährten Traditionen zu reformieren, um ihn in erneuerter Form zu erhalten.²⁶

Dabei sind es vor allem zwei Punkte an denen wir – meines Erachtens – ansetzen müssen. Hier ist an erster Stelle der Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu nennen. Zu Recht hat der Bundespräsident vor ziemlich genau einem Jahr in seiner berühmten Rede beim Arbeitgeberforum „Wirtschaft und Gesellschaft“ gefordert: „Angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt brauchen wir in Deutschland jetzt eine politische Vorfahrtsregel für Arbeit.“²⁷

Dabei stehen neben ökonomischen Überzeugungen auch christliche Überzeugungen²⁸ im Mittelpunkt. Wir können es uns in keiner Beziehung „leisten“, fünf Millionen Menschen von Arbeit und Teilhabe auszugrenzen.²⁹

²³ Gemeinsames Kirchenwort, Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit (1997), Nr. 27.

²⁴ Vgl. auch Ludwig Erhard: „Erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen Ziele erfüllen.“

²⁵ „Ein Staat, dem es an allen Mitteln zu seiner Veränderung fehlt, entbehrt die Mittel zu seiner Erhaltung“ (Edmund Burke, 1729 – 1797).

²⁶ „... andererseits möchte ich in der Linie meiner verehrten Vorgänger auf dem Stuhl Petri die Kontinuität, aber zugleich auch die ständige Erneuerung der Soziallehre bekräftigen.“ (Papst Johannes Paul II. in der Enzyklika „Sollicitudo rei socialis“ von 1987).

²⁷ A. a. O., 15. März 2005 in Berlin.

²⁸ „Die Arbeit ist ein Gut für den Menschen – für sein Menschsein – weil er durch die Arbeit nicht nur die Natur umwandelt und seinen Bedürfnissen anpaßt, sondern sich auch selbst als Mensch verwirklicht, ja gewissermaßen mehr Mensch wird.“ (Papst Johannes Paul II. in der Enzyklika „Laborem Exercens“ von 1981).

²⁹ „Die Arbeit gehört zum Menschen wie zum Vogel das Fliegen“, Papst Johannes Paul II., zitiert nach Bischof Wolfgang Huber: Herausforderungen des Sozialstaats, beim Sozialstaatskongreß der IG-Metall am 6. April 2005 in Berlin.

Auch der zweiten Herausforderung, die ich schon angesprochen habe, dem demographischen Wandel, können wir nur durch weitgehende Reformen begegnen. Das Problem liegt nicht darin, dass der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung steigt, im Gegenteil, ich bin davon überzeugt, dass gerade die Senioren uns viel zu geben haben. Das Problem liegt darin, dass immer weniger Kinder zur Welt kommen. Das hat etwas mit fehlenden oder schlechten Rahmenbedingungen zu tun, etwa im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Langfristig aber ist die Entscheidung gegen Kinder auch ein Ausdruck mangelnden Vertrauens in die Reformfähigkeit unserer Gesellschaft und damit in die Zukunft insgesamt. Hier ist die Politik, aber letztlich auch jeder Einzelne gefordert, denn eine Gesellschaft ohne Kinder ist nicht nur eine sterbende Gesellschaft, sie ist vor allem eine Gesellschaft ohne Zukunft.

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Hier wird im kleinen das gelernt, was für unser Zusammenleben insgesamt wichtig ist. In diesem Zusammenhang sind Familienpolitik und Familienethik, wie es der protestantische Bischof Wolfgang Huber in einer Rede in Berlin ausgeführt hat: Entscheidende Faktoren für das Gelingen einer zukunftsfähigen Gesellschaft insgesamt, für die notwendige und zugleich gerechte Reform.³⁰

Die vor uns liegenden Reformen können wir nur bewältigen, wenn wir einen neuen Konsens darüber herbeiführen, was sozial und was gerecht ist. In diesem Zusammenhang rufe ich alle gesellschaftlichen Gruppen auf, gemeinsam an der Reform des Sozialstaats zu arbeiten.

³⁰ „Herausforderungen des Sozialstaats“, am 06. April 2005 in Berlin.